

IG eHealth, Amthausgasse 18 3011 Bern

Per Mail an: rechtsinformatik@bj.admin.ch

Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements
EJPD Bundeshaus West
3003 Bern

Bern, 29. September 2022

Vernehmlassung Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Die IG eHealth bedankt sich beim eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD und beim Bundesamt für Justiz BJ für den partizipativen Prozess bei der Erarbeitung des Entwurfs des E-ID-Gesetzes, den wir als mustergültig und nachahmenswert erachten. Wir bedanken uns auch für die rasche Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage, die wir insgesamt als sehr gelungen und praxistauglich einschätzen.

Für das Gesundheitswesen ist ein elektronischer Identitätsnachweis (E-ID) eine zentrale Voraussetzung für die Nutzung von digitalen Dienstleistungen und eine vertrauenswürdige Kommunikation zwischen Gesundheitsfachpersonen und PatientInnen. Insofern wünschen wir eine zeitnahe Verabschiedung und Überweisung der Botschaft und des Gesetzesentwurfs ans Parlament.

Gemäss dem Gesetzesentwurf ist die Ausstellung und die Verwendung der neuen E-ID freiwillig. Wir begrüssen es, dass die Bevölkerung und die Gesundheitsfachpersonen die Wahl haben, wie sie auf das EPD zugreifen wollen. Die E-ID gemäss vorliegendem Gesetzesentwurf ist ein digitales Pendant zum physischen Pass oder zur Identitätskarte. Es ist kein «Login» im Sinne einer Authentifikation. Zu prüfen ist, ob dieser Punkt im Gesetz aufzunehmen ist.

Wir möchten einen Punkt zu Art. 16 Abs 1 Vorweisen von elektronischen Nachweisen anfügen. Der Artikel ist gut formuliert, wir erachten aber die Erläuterungen als unpräzise. Gemäss des Gesetzesartikels bestimmt die InhaberIn der E-ID, welche Bestandteile vom Verifikator geprüft werden. In den Erläuterungen steht unserer Meinung nach fälschlicherweise, dass dies der Verifikator bestimmt. Die Verifikatorin darf im Sinne der Datensparsamkeit nicht mehr Inhalte verlangen als absolut notwendig sind.

Nachfolgend gehen wir auf ausgewählte Elemente im Gesetzesentwurf ein, die aus unserer Sicht zu präzisieren sind:

Artikel 1

Entwurf Bundesrat	<p>2 Es hat zum Zweck:</p> <p>a. die sichere Identifizierung mittels E-ID unter Privaten und mit Behörden zu gewährleisten;</p> <p>b. den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen zu gewährleisten, über die im Zusammenhang mit der Verwendung der E-ID Daten bearbeitet werden, insbesondere durch die Umsetzung der folgenden Grundsätze:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Datenschutz durch Technik, 2. Datensicherheit, 3. Datensparsamkeit, und 4. dezentrale Datenspeicherung; <p>c. zu gewährleisten, dass die E-ID und die Vertrauensinfrastruktur dem aktuellen Stand der Technik entsprechen;</p> <p>d. die Standardisierung der E-ID sowie die Sicherheit der Infrastruktur und der Ausstellung und Überprüfung der elektronischen Nachweise zu gewährleisten, ohne die technische Entwicklung unnötig einzuschränken.</p>
Änderungsvorschlag	<p>...</p> <p>b. den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen zu gewährleisten, über die im Zusammenhang mit der Verwendung der E-ID Daten bearbeitet werden, insbesondere durch die Umsetzung der folgenden Grundsätze:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Datenschutz durch Technik, <u>2. Datenschutz durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen</u> <u>3. Datensicherheit,</u> <u>4. Datensparsamkeit, und</u> <u>5. dezentrale Datenspeicherung;</u> <p>...</p>
Begründung	<p>Das revidierte Datenschutzgesetz verankert die Prinzipien «Privacy by Design» (Datenschutz durch Technik) sowie «Privacy by Default» (Datenschutz durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen). Im E-ID-Gesetz wird nur das Prinzip «Datenschutz durch Technik» explizit erwähnt. Aus unserer Sicht ist ebenfalls der «Datenschutz durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen» aufzunehmen. Somit kann sichergestellt werden, dass beispielsweise die Voreinstellungen von Apps, die digitale Nachweise speichern, auf das nötige Mindestmass beschränkt werden.</p>

Art. 8 Anlaufstellen der Kantone

Entwurf Bundesrat	Die Kantone bezeichnen die Stellen, die in Zusammenhang mit der Ausstellung und dem Einsatz der E-ID Unterstützung anbieten.
Änderungsvorschlag	Die Kantone bezeichnen die <u>öffentlichen oder privaten</u> Stellen, die in Zusammenhang mit der Ausstellung und dem Einsatz der E-ID Unterstützung anbieten.
Begründung	Der Gesetzesartikel ist so zu präzisieren, dass die Kantone öffentliche und private Stellen für die Unterstützung bezeichnen können.

Art. 14 Form und Aufbewahrung von elektronischen Nachweisen

Entwurf Bundesrat	Die Inhaberin oder der Inhaber erhält den elektronischen Nachweis als Datenpaket und bewahrt ihn mithilfe selbst gewählter technischer Mittel unter ihrer oder seiner alleinigen Kontrolle auf.
Änderungsvorschlag	Die Inhaberin oder der Inhaber erhält den elektronischen Nachweis als Datenpaket und bewahrt ihn mithilfe selbst gewählter, <u>den Vorgaben des Bundes entsprechenden</u> technischer Mittel unter ihrer oder seiner alleinigen Kontrolle auf.
Begründung	Die technischen Mittel sollen frei gewählt werden können, sofern diese Voraussetzungen erfüllen, die der Bundesrat auf Stufe Verordnung zu definieren hat. So muss beispielsweise sichergestellt sein, dass das Datenpaket nicht von unbefugten Dritten eingesehen oder kopiert werden kann.

Art. 16 Abs 3 Vorweisen von elektronischen Nachweisen

Entwurf Bundesrat	3 Die Betreiberin der Systeme nach dem 5. Abschnitt hat keine Kenntnis des Inhalts der vorgewiesenen elektronischen Nachweise und kann möglichst keine Rückschlüsse über deren Verwendung und die Beteiligten ziehen.
Änderungsvorschlag	3 Die Betreiberin der Systeme nach dem 5. Abschnitt hat keine Kenntnis des Inhalts der vorgewiesenen elektronischen Nachweise und kann <u>möglichst darf</u> keine Rückschlüsse über deren Verwendung und die Beteiligten ziehen <u>können</u> .
Begründung	Die E-ID muss technisch so ausgestaltet sein, dass keine Rückschlüsse möglich sind. Ansonsten würde das das Prinzip «privacy by default» verletzt.

Art. 17 Basisregister

Entwurf Bundesrat	3 Die Ausstellerinnen und Verifikatorinnen tragen ihre Daten in das Basisregister ein.
Änderungsvorschlag	3 Der Bundesrat regelt, welche Daten die Ausstellerinnen und Verifikatorinnen in das Basisregister einstellen dürfen.
Begründung	Gemäss dem Artikel müssen Ausstellerinnen und Verifikatorinnen ihre Daten in das Basisregister eintragen. Eine Eintragung ohne vorgängige Prüfung durch die entsprechende Stelle des Bundes öffnet dem Identitätsdiebstahl Tür und Tor. Es dürfte dem Vertrauen in das Basisregister schaden, wenn Einträge von Ausstellerinnen und Verifikatorinnen widerrufen werden müssen. Es ist eine Delegationsnorm zu schaffen, damit der Prozess der Überprüfung auf Verordnungsstufe präzisiert werden kann.

Art. 18 System zur Bestätigung von Identifikatoren

Entwurf Bundesrat	... 2 Der Bundesrat kann vorsehen, dass der Bund auch die Zuordnung von Identifikatoren und Schlüsseln von privaten Ausstellerinnen und Verifikatorinnen bestätigt. ...
Änderungsvorschlag	... 2 Der Bundesrat <u>sieht vor</u> kann vorsehen , dass der Bund die Zuordnung von Identifikatoren und Schlüsseln von privaten Ausstellerinnen und Verifikatorinnen bestätigt. ...
Begründung	Das Gesetz muss die Anbindung von markt- und sektorspezifischen Nachweisen und deren Ausstellung und Überprüfung gewährleisten und aktiv fördern bzw. unterstützen.

Art. 24bis (neu) Überprüfung der Vertrauensinfrastruktur

Entwurf Bundesrat	-
Ergänzungsvorschlag	Der Bundesrat stellt sicher, dass die Vertrauensinfrastruktur des Bundes regelmässig von einer unabhängigen Stelle überprüft und dem aktuellen Stand der Technik angepasst wird.
Begründung	Gemäss Art 24 betreibt eine Leistungserbringerin innerhalb der Bundesverwaltung die Vertrauensinfrastruktur. Diese soll von einer unabhängigen Stelle regelmässig überprüft und dem Stand der Technik angepasst werden. Dies leistet einen Beitrag zur Sicherheit und erhöht das Vertrauen der Anwenderinnen in die Infrastruktur.

Wir bedanken uns für die Prüfung und ggf. Berücksichtigung unserer Eingabe im Rahmen der Erarbeitung der Botschaft des Bundesrats und des Gesetzesentwurfs, der zu Händen des Parlaments verabschiedet wird.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Vorstands



Anna Winter
Präsidentin IG eHealth



Walter Stüdeli
Geschäftsführer IG eHealth